

verwaltung“, Landesrath Sarnow-Stettin über „Finanzirung der Kleinbahnen“, Landesbaurath Varrentrapp-Königsberg über „Bau und Betrieb“ und endlich Landesrath Ferche-Breslau und Landesbaurath Varrentrapp über „das Verhältniss der Kleinbahnen zu den Strassenverwaltungen“. Die vorgeschlagene Leitsätze wurden der „N. St. Ztg.“ zufolge mit geringen Abweichungen angenommen. Sie sollen einschliesslich der Denkschrift den beteiligten Ministerien überreicht werden. — Am 21. cr. soll die Berathung in Heringsdorf fortgesetzt werden.

*— In der Sitzung der Stadtverordneten stand zur Vorlage die ausführlich begründete und ihren Einzelheiten bereits bekannt gegebene Vorlage des Magistrats, betreffend den Bau und Betrieb neuer Strassenbahnlinien für Rechnung der Stadtgemeinde und die Uebertragung der Verwaltung des städtischen Strassenbahnwesens an eine besondere Deputation nach § 59 der Städteordnung. Vornehmlich bestimmend für die Vorschläge des Magistrats war, wie dieser hervorhebt, das Verhältniss der Stadtgemeinde zu der Grossen Berliner Strassenbahn und insbesondere die Rücksicht auf die voraussichtlich im Jahre 1919 bei Ablauf der von den Gemeindebehörden der Gesellschaft erteilten Zustimmung eintretenden Verhältnisse. Die Annahme der Verkehrs-Deputation, dass die Strassenbahngesellschaft bestrebt sei und sich auch in Zukunft bemühen werde, ihren Besitzstand auch gegen den Wunsch der Gemeindebehörden über das Jahr 1919 hinaus unverändert zu erhalten, habe erst neuerdings eine Bestätigung dadurch gefunden, dass sie, wie der Versammlung durch eine Anfrage des Stadtv., Rechtsanwalts Hugo Sachs bekannt geworden, schon jetzt eine staatsbehördliche Genehmigung über 1919 hinaus beantragt und seitens des Polizeipräsidenten erhalten habe. Nach der inzwischen uns mitgetheilten Urkunde sei diese Genehmigung bis zum 31. Dezember 1919 erteilt worden. Das Vorgehen der Gesellschaft und die günstige Stellungnahme der Genehmigungsbehörden in der Frage der Zeitdauer der Genehmigung lasse es aber erforderlich erscheinen, mit besonderer Aufmerksamkeit die Entwicklung der Dinge zu verfolgen und auf eine Stärkung der Stellung der Stadtgemeinde, wie sie in dieser Vorlage vorgeschlagen werde, Bedacht zu nehmen. Stadtv. Dr. Gerstenberg: Der Magistrat sage in seiner Vorlage, dass er diese noch so kurz vor den Ferien an die Versammlung bringe, um Zeit zum eingehenden Studium der Vorlage zu gewähren. Da es sich somit um eine Art Ferienarbeit handle, beantragte er die Vertagung bis Oktober. Die Versammlung beschliesst nach diesem Antrage.

*— In der am 24. d. Mts. stattgefundenen Aufsichtsrathssitzung der **Allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschaft** berichtete der Vorstand, dass im Gegensatz zu der unfreundlichen Stimmung der Börsen in der Elektrotechnik bisher Anzeichen für eine Abwärtsbewegung nicht wahrnehmbar seien. Bestellungen liefen bei der Gesellschaft wie in den Zeiten ein, die als Periode der Hochfluth betrachtet worden seien, und die Fabriken vermochten trotz starker Vermehrung der Arbeiterzahl und Aufbietung aller Mittel die vorliegenden Aufträge nur schwer zu bewältigen. Der Bau neuer Werkstätten und die weitere Beschaffung von Werkzeugmaschinen sei schon seit geraumer Zeit auf das unabwieslich notwendige Mass beschränkt worden, und man würde sich zu einer den Anforderungen völlig genügenden Steigerung der Fabrikationseinrichtungen erst verstehen, wenn die in Finanzkreisen vielfach gehegten Befürchtungen sich als unberechtigt erwiesen hätten, aber trotzdem liesse sich die Erweiterung einzelner Betriebe nicht von der Hand weisen, wolle man nicht Gefahr laufen, werthvolle Kunden zu verlieren. Wiewohl die statistischen Monatsaufstellungen ein genaues Bild der geschäftlichen Thätigkeit nicht widerspiegeln, grosse Beträge vielmehr häufig erst am Jahreschluss zur Verrechnung gelangen, so sei es doch vielleicht interessant, zu hören, dass in den ersten zehn Monaten des laufenden Geschäftsjahres nahezu 20 pCt. an Waaren mehr als in der Parallelperiode des Vorjahres fakturirt seien. Den erheblichen Preissteigerungen der Rohmaterialien hätten zwar die fertigen Erzeugnisse nicht zu folgen vermocht, aber die bedeutenden Differenzen, die sich hieraus ergaben, hätten durch Verbesserung der Herstellungsmethoden und vergrössertem Umsatz einen wirksamen Ausgleich gefunden. Die vorliegenden Aufträge sicherten dem Unternehmen auf einige Jahre volle Beschäftigung, selbst wenn neue Bestellungen in Folge einer hoffentlich noch fern liegenden wirtschaftlichen Depression in verringertem Umfange einlaufen sollten. Auch die Finanzlage der Gesellschaft sei günstig. Denn abgesehen von dem eigentlichen Betriebskapital: Waarenbeständen, ausstehenden Forderungen, Kasse, Wechsel und Kaution, welche nach der Monats-

bilanz des April sich auf 44,5 Millionen beliefen, und abgesehen von Effekten im Nominalbetrage von ca. 25 Millionen, verfügte sie nach der Maiaufstellung bei Banken und Gesellschaften über sofort realisirbare Guthaben von ca. 32,78 Millionen. Diesen standen Forderungen der Tochtergesellschaften, Beteiligungen an Unternehmungen Dritter und Ausführungen von Bahnen und Zentralstationen für eigene Rechnung im Betrage von 21,29 Millionen gegenüber. Auf Konsortialkonto wurden 1,28 Millionen Mark, auf Effektenkonto 0,39 Millionen neu eingezahlt, dagegen ist der Bestand des letzteren durch Begebung von 2 1/2 Millionen Werthen entlastet worden.

*— Aus der am 24. d. Mts. stattgefundenen Aufsichtsrathssitzung der **Berliner Elektrizitätswerke** erfahren wir, dass das Unternehmen in zufriedenstellender Fortentwicklung begriffen ist. Der Anschluss an das Kabelnetz der Berliner Stationen betrug am 16. Juni 36300 Kilowatt, und hierfür entfallen 20150 Kilowatt auf Licht und 16150 Kilowatt auf Kraft. Der Zuwachs im laufenden Geschäftsjahre beziffert sich auf den Anschluss von 2077 Kilowatt für Licht und 2868 Kilowatt für Kraft, zusammen 4945 Kilowatt. Anmeldungen lagen vor auf 476 Kilowatt für Licht und 372 Kilowatt für Kraft, zusammen 848 Kilowatt. Ausserdem erforderte der Bahnbetrieb ca. 6000 Kilowatt, der Zuwachs im laufenden Jahre beträgt somit ca. 2300 Kilowatt. Bis ultimo Mai d. J. wurden 38 530 401 Kilowattstunden gegen 26 206 254 im Vorjahre abgegeben. Die Zunahme beträgt daher 12 324 147 Kilowattstunden, von denen 9 039 939 auf den Bahnbetrieb entfallen. In den ausserhalb Berlins befindlichen Zentralen sind 6600 Kilowatt angeschlossen, während Anmeldungen auf ca. 500 Kilowatt vorliegen. Da an dieser Leistung das Elektrizitätswerk Oberspree einschliesslich der Anmeldung mit ca. 6400 Kilowatt beteiligt ist, so ist nunmehr fast die Grenze seiner ursprünglichen Leistungsfähigkeit erreicht. Von beiden provisorischen Zentralen in Spandau und Pankow werden zur Zeit ca. 500 Kilowatt gespeist, während Anmeldungen für ca. 100 Kilowatt vorliegen. Nutzbar abgegeben wurden von den Aussenstationen 6 758 093 Kilowattstunden. Sämmtliche Einnahmen aus der Stromlieferung betragen für die ersten 11 Monate des Geschäftsjahres ca. 6 000 000 Mk. und ihnen stehen an Betriebsunkosten inkl. der hohen Bruttoabgabe an die Gemeinden und der vorschriftsmässigen Erneuerungsfonds, jedoch ausschliesslich Abschreibungen, Generalunkosten und Steuern, ca. 3,9 Millionen Mark gegenüber. Dieses Resultat wurde bei einem durchschnittlich in Berlin gezahlten Strompreis von 22 Pfg. für die Kilowattstunde erreicht. Die umfangreichen Bauarbeiten sind nach Mittheilung der Verwaltung so weit fortgeschritten, dass die Hoffnung nicht ungerechtfertigt erscheint, dass die in Aussicht genommenen Termine für die Betriebsaufnahmen eingehalten werden können.

*— **Vor Kurzem fanden Probefahrten auf der kurzen Strecke Kottbuser Thor bis zur Kreuzung der Alexandrinenstrasse der elektrischen Hochbahn statt.** Im Wagen machten mehrere Ingenieure von Siemens & Halske die Fahrt mit; ohne jede Störung wurde die Strecke in schnellem Tempo mehrmals befahren; die Fahrten fielen zur allgemeinen Befriedigung aus. Die ganze Strecke soll möglichst zum Herbst fertiggestellt sein.

*— In Abtheilung B. des hiesigen Handelsregisters ist am 18. Juni 1900 die Aktien-Gesellschaft in Firma: **Aktiengesellschaft für Bahnen und Tiefbauten** mit dem Sitze zu Berlin eingetragen worden. Gegenstand des Unternehmens ist der Bau, Erwerb und Betrieb von Bahnen jeder Art, insbesondere von Kleinbahnen, sowie die Förderung des Eisenbahnverkehrs, ferner der Bau von Kanälen, Chausseen und anderer Tiefbau-Anlagen. Das Grundkapital beträgt 1 200 000 Mark. Dasselbe ist eingetheilt in auf den Inhaber und je über 1000 Mark lautende Aktien. Die Aktien werden zum Nennbetrage ausgegeben. Die Gründer haben sämmtliche Aktien übernommen. Die Gründer der Gesellschaft sind: 1) der Eisenbahnbauunternehmer Philipp Balke zu Berlin, 2) der Fabrikbesitzer Oskar Kaiser zu Berlin, 3) der Bankier Rudolf Keil zu Berlin, 4) der Kaufmann Karl Kaehler zu Berlin, 5) der Obergeringieur Friedrich Hirt zu Gross-Lichterfelde. Die Mitglieder des ersten Aufsichtsraths sind die vorstehend ad 1—3 Genannten und der Vorstand einer Aktiengesellschaft Benno Orenstein zu Berlin. Den Vorstand bilden: der Obergeringieur Friedrich Hirt zu Gross-Lichterfelde, der Kaufmann Karl Kaehler zu Berlin.

*— Die Generalversammlung der Gesellschaft für Verkehrsunternehmungen genehmigte die Bilanz, die nach Absetzung der Abschreibungen mit einem Verluste von 23 734 Mk. schliesst, und erteilte dem Vorstande und Aufsichtsrathe Entlastung. Das Konstruktions- und Fabrikationsgeschäft ist auf die Motorfahrzeug- und Motorenfabrik Berlin Akt.-Ges. Marienfelde-Berlin übergegangen. In den Aufsichtsrath wurden gewählt: Generalmajor z. D. v. Holleufer, Assessor